

1. Dez. 2011

Gewaltfrei in Frieden und gegenseitiger Achtung zusammenleben

Der Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung ist als Vertreter der zugewanderten Bürgerinnen und Bürger in Nürnberg sehr betroffen von den rechtsextremistischen Verbrechen und lehnt entschieden jede Form von Extremismus, Terrorismus und Fremdenfeindlichkeit ab.

Der Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung bringt seine Betroffenheit über die kriminellen Geschehnisse und seine aufrichtige Anteilnahme gegenüber den Hinterbliebenen der Opfer der Nazi-Terror-Mordserie zum Ausdruck.

Der Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung erwartet eine lückenlose Aufklärung und rechtsstaatliche Bestrafung aller Schuldigen und Verantwortlichen.

Bekämpfung von Rechtsextremismus darf keine Tagespolitik sein, sondern ist der politische Dauerauftrag zur Sicherung des friedlichen Lebens in Deutschland und zum Schutz seiner Bürgerinnen und Bürger. Rechtsextremismus ist auch keine kürzlich entstandene und harmlose Erscheinung, sondern Gedankengut, welches in der Geschichte einst zu den größten Verbrechen gegen die Menschlichkeit geführt hat.

Rechtsextrem denkende und handelnde Personen und Organisationen stellen eine ernstzunehmende Gefahr für die ganze Gesellschaft dar. Diese treiben seit Jahrzehnten ihr Unwesen und konnten bis jetzt teils ungestört und sogar durch das Schweigen der Mehrheit handeln. Jeden einzelnen, alle demokratischen staatlichen und gesellschaftlichen Organe und Vereinigungen fordern wir auf, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, das braune Gedankengut kontinuierlich zu bekämpfen und alle rechtsradikalen Organisationen in Deutschland zu verbieten.

Die gleichberechtigte Teilhabe der Zuwanderinnen und Zuwanderer am wirtschaftlichen, gesellschaftlichen,

lichen, politischen und kulturellen Leben auf dem Boden des Grundgesetzes und unter Respektierung der verschiedenen kulturellen Orientierungen der Menschen bietet die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben in Deutschland.

Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus sind weder mit unserem Grundgesetz, noch mit unseren Wertvorstellungen zu vereinbaren.

Auch die Zugewanderten in Nürnberg, der Stadt der Menschenrechte, sind sehr betroffen und erschüttert von den extremistischen Verbrechen. Wir verspüren wie die große Mehrheit der Bevölkerung in Deutschland die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für das Festhalten an den Grundsätzen der wehrhaften Demokratie.

Braunes Gedankengut verbreitet sich in der ganzen Welt und muss weltweit bekämpft werden. Deutschland muss auf diesem Gebiet seine Bestrebungen fortführen und eine federführende Rolle übernehmen.

Solange das nationalistische und fremdenfeindliche Denken existiert, müssen wir Menschen guten Willens alles daran setzen, dass die gesellschaftliche Abneigung gegenüber diesem Gedankengut deutlich spürbar ist und der Kampf dagegen nicht aufhört.

Die Bekämpfung von Rechtsextremismus geht uns alle an.

Der Nürnberger Rat für Integration und Zuwanderung setzt sich konsequent gegen jede Form der Diskriminierung, Fremdenfeindlichkeit und Terrorismus ein. Unsere Wachsamkeit gegenüber extremistischen Tendenzen und Aktionen darf nicht nachlassen. Wir müssen unsere vielfältige demokratische Gesellschaft mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln der Rechtsstaatlichkeit verteidigen.

Gelungenes friedliches Miteinander entscheidet über die Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Menschen mit Migrationshintergrund sind längst ein

selbstverständlicher Teil unserer Gesellschaft. Unser Ziel ist Zusammenleben in Vielfalt. Friedliches Zusammenleben in Deutschland ist nur unter Anerkennung und Respektierung der kulturellen und religiösen Vielfalt in der Gesellschaft möglich. Wir wünschen nicht nur Toleranz, sondern Akzeptanz auf gleicher Augenhöhe. Wir wenden uns gegen jede Art von integrationsbehindernder Ausgrenzung. Eine negative Grundstimmung oder gar Feindlichkeit gegen ethnische oder religiöse Gruppen – ob gegen Ausländer, Aussiedler oder Flüchtlinge, ob gegen Zuwanderer oder Einheimische – kann nicht toleriert werden. Wir stehen fest hinter den Menschenrechten.

Die Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus bleibt ein wichtiger Teil der Integrationspolitik. Eine Willkommenskultur ist ohne aktive Auseinandersetzung mit den fremdenfeindlichen Ressentiments nicht möglich. Die gesamte Gesellschaft soll Vielfalt als Bereicherung und nicht als Problem begreifen. Einfache Erklärungsmuster wie Herkunftskultur oder Religion greifen zu kurz.

Wir appellieren an die gesamte Nürnberger Bevölkerung, sich an den stattfindenden Solidaritätsaktionen aktiv zu beteiligen und sich öffentlich zu den Menschenrechten und zu einer Gesellschaft in Vielfalt zu bekennen.

Einstimmiger Beschluss, Antragsteller: Diana Liberova, Adam Zurawel, Horst Göbbel, Antonio Fernandez

Terminhinweis

Samstag, 10.12.2011, ab 17:00 Uhr,

Straße der Menschenrechte und Kornmarkt

„Frei von Furcht in Deutschland leben – kein Platz für Rechtsextremismus“, Gedenken der Opfer rechter Gewalt mit Lichterketten

Veranstalter:

Allianz gegen Rechtsextremismus – mit Unterstützung des Nürnberger Integrationsrates u.a.

Impressum:

Geschäftsstelle des Integrationsrates
Internationales Haus im Heilig-Geist-Haus
Hans-Sachs-Platz 2
90403 Nürnberg

Tel. 0911/231-3185
Fax 0911/231-8516

E-Mail: integrationsrat@stadt.nuernberg.de

Internet: www.integrationsrat.nuernberg.de

Redaktion:

Diana Liberova, Horst Göbbel, Sevim Coskun, Friedrich Popp

V.i.S.d.P.:
Diana Liberova
Hans-Sachs-Platz 2
90403 Nürnberg